

## Brennglas Bremen

### Chancen und Herausforderungen sozialdemokratischen Regierungshandelns

von Carsten Sieling

Die Bremer SPD ist bei der Bürgerschaftswahl zwar erneut mit großem Abstand zur stärksten Partei im kleinsten Bundesland gewählt worden, hat dabei aber empfindliche Verluste hinnehmen müssen. Gleichzeitig machen die bei 25 Prozent „einbetonierten“ Zustimmungswerte zur Sozialdemokratie auf Bundesebene deutlich, dass es trotz erfolgreicher Umsetzung sozialdemokratischer Programmatik bislang nicht gelungen ist, verloren gegangenes Vertrauen vollständig zurückzugewinnen.

Die Entfremdung zwischen SPD und ihrer Kernwählerschaft ist auch in Bremen noch nicht kuriert. Nur 50,2 Prozent der Wahlberechtigten sind überhaupt zur Abstimmung gegangen. Während wir in den 80er Jahren in Bremen noch solide Wahlbeteiligungen um die 80 Prozent hatten, waren es in den 90er Jahren immerhin noch Ergebnisse von über 60 Prozent.

Die sinkende Wahlbeteiligung ist kein originär bremisches Phänomen. Sie ist bundesweit insbesondere in Großstädten rückläufig und dennoch trifft sie gerade die SPD – auch in Bremen – in besonderer Weise. Denn ohne glaubwürdiges Profil und Unterscheidbarkeit zu den anderen Parteien verfestigt sich auf der einen Seite offensichtlich bei vielen die Überzeugung, ihre Stimmabgabe mache keinen entscheidenden Unterschied. Auf der anderen Seite ist die Beteiligung an Wahlen nachweislich immer stärker an den sozialen Status gekoppelt. Fehlende Bildungschancen, Arbeitslosigkeit und niedrige Kaufkraft korrespondieren eng mit der Wahlbeteiligung und dem entsprechenden Wahlverhalten. Die SPD als Partei der sozialen Gerechtigkeit hat daher zu Recht eine besondere



➔ Bürgermeister Dr. Carsten Sieling ist Präsident des Senats, Senator für Kultur und Senator für Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften der Freien Hansestadt Bremen sowie einer der Herausgeber/innen der spw.

Foto: © Patrice Kunte Fotografie

politische wie auch demokratische Bringschuld.

Um verloren gegangenes Vertrauen in vielen Milieus erfolgreich wieder herzustellen, dürfen wir auf Bundesebene den sozialdemokratischen Gestaltungsanspruch auch vor dem Hintergrund großkoalitionär notwendiger Kompromisse nicht am Eingangsschalter der Ministerienzurücklassen. Im Gegenteil. Das Spannungsverhältnis zwischen der Formulierung sozialdemokratischer Perspektiven und sozialdemokratischen Regierungshandelns ist kein Hindernis, sondern vor allem eine große Chance. Insbesondere für die SPD-Linke. Denn gerade vor dem Hintergrund guter Regierungsarbeit in den Ländern lässt sich der Diskurs der Bundes SPD über die richtigen Rahmenbedingungen auch nach links weiter befruchten.

Gesamtgesellschaftliche Aufgaben lassen sich nur durch gemeinsames Handeln aller staatlichen Ebenen – Bund, Länder und Kommunen – lösen. Entsprechend müssen zunächst die Rahmenbedingungen für ihre Erfüllung geschaffen und diese anschließend vor Ort umgesetzt werden. In kaum einem anderen Bundesland lässt sich diese Herausforderung so gut wie in Bremen beobachten.

Denn die fiskalischen Rahmenbedingungen für die politische Gestaltung sind nirgendwo so eng wie in Bremen.

Die SPD muss Garant für Gerechtigkeit, Wohlstand und soziale Sicherheit sein. Doch was heißt das? Für mich bedeutet es vor allem, Chancengleichheit und die gerechte Teilhabe aller Menschen am gesellschaftlichen Leben sicherzustellen. Wie (un)gerecht die Chancen verteilt sind, erleben die Wählerinnen und Wähler jeden Tag. Gerade in Städten wie Bremen und Bremerhaven. Wie auch andernorts treffen hier Chancen, aber auch die Abwesenheit von Chancen wie in einem Schmelztiegel aufeinander, die es zu fördern bzw. zu durchbrechen gilt.

Viele gute Antworten liegen hierfür auf dem Tisch. Einiges konnte im Bund in den letzten Jahren bereits umgesetzt werden, anderes müssen wir noch angehen. Hierbei darf es keine falsche Scheu geben, in großkoalitionären Zeiten scheinbar nicht opportune Forderungen anzusprechen. Sei es bei der Einwanderung, sei es bei der Gleichstellung der Geschlechter, oder sei es bei der Frage der zunehmenden Ungleichheit in der Gesellschaft. Ungleichheit untergräbt nicht nur das Gerechtigkeitsgefühl vieler Menschen. Sie hemmt die gerechte Verteilung von Chancen und hat darüber hinaus erhebliche Auswirkungen auf die Wachstumsfähigkeit von Wirtschaft und Wohlstand. Viel gewonnen wäre, wenn wir die ökonomisch oft als Umverteilung von „unten nach oben“ beschriebene Privilegierung hoher Vermögen, Erbschaften und Gewinneinkommen beenden und stattdessen die Investitionen für Bildung und durchlässige Aufstiegsysteme stärken würden.

In Bremen wissen wir: Die Verbesserung von Bildung und Ausbildung ist der Schlüssel zu Arbeit und genießt oberste Priorität. Gleichzeitig muss aber auch sichergestellt werden, dass nicht der Wert der Arbeit

schwindet. Mit der Einführung des Mindestlohns haben wir einen entscheidenden Meilenstein erreicht. Weitere müssen folgen. Denn es kann nicht sein, dass reiche Kapitalbesitzer, die ausschließlich von ihrem Vermögen leben, steuerlich immer noch besser gestellt sind, als all diejenigen, die ihr Einkommen durch Lohnarbeit verdienen. Wenn der Wert der Arbeit schwindet, weil die bloße Existenz von Vermögen immer mehr zählt, dann bleibt das sozialdemokratische Aufstiegsversprechen Makulatur.

Wir wissen auch, dass dem zunehmenden Einfluss Superreicher auf politische Entscheidungen eine zunehmende Zahl an Nichtwählern gegenübersteht, die von diesen Entscheidungen betroffen sind. Gerade wir Sozialdemokraten müssen daher immer wieder den Beweis antreten, dass wir es sind, die dieses System, das Versprechen an die arbeitenden Menschenverteidigen und wiederherstellen: Durch gleiche Verteilung von Chancen, durch gute Bildungs- und solide Wirtschaftspolitik. Im Bund, in den Ländern, vor Ort.

Hierzu brauchen wir auch eine gerechte und auskömmliche Finanzierung. Die Länder und Kommunen können ihre Einnahmesituation nicht selbst so verändern, wie es angesichts der Herausforderungen notwendig wäre. Die vom Grundgesetz verlangte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse darf daher kein Lippenbekenntnis sein. Sie ist Verpflichtung für alle politisch Verantwortlichen auf allen Ebenen. Sie ist aber vor allem Verpflichtung für alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, die Rahmenbedingungen zu schaffen, die einen sozialdemokratischen Gestaltungsanspruch auch in Regierungsverantwortung erst ermöglicht. ■